

Präsident Wolfgang Thierse:

(B)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Dietrich Austermann, Heinz Seiffert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Strikte Einhaltung des geltenden europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes

– Drucksachen 15/541, 15/1682 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Jörg-Otto Spiller
Georg Fahrenschon

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Leo Dautzenberg, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat sowohl den Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch den Geist des Grundgesetzes massiv verletzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im vergangenen Jahr lag das staatliche Defizit mit 3,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts deutlich über der Neuverschuldungsgrenze von 3 Prozent.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und was hatten sie vorher erzählt!)

Der Schuldenstand ist über die Marke von 60 Prozent gestiegen. Die Nettokreditaufnahme des Bundes lag mit 38,6 Milliarden Euro um fast 50 Prozent über den Investitionsausgaben in Höhe von 26,7 Milliarden Euro. Rot-Grün bricht damit zum zweiten Mal hintereinander Europarecht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein schwarzes Jahr war das!)

Sie verspielen das Vertrauen der deutschen Bevölkerung und das unserer europäischen Nachbarn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde auf deutsche Initiative hin festgeschrieben, um die **Geldwertstabilität** in der Eurozone sicherzustellen. Finanzminister Theo Waigel hat den Pakt gegen viele Widerstände durchgesetzt. Was hat die Regierung Kohl sich von der damaligen Opposition anhören müssen, als 1996 – in einem wirtschaftlich auch sehr schwierigen Jahr – das Defizitkriterium von Maastricht trotz großer Bemühungen nur knapp verpasst wurde! Wie leichtfertig geht dagegen heute die Regierung Schröder mit der Neuverschuldung um!

(D)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Es interessiert sie doch gar nicht!)

2001 hat Herr Eichel der Kommission für das Jahr 2004 einen ausgeglichenen Haushalt versprochen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Tja, wer's glaubt, wird selig!)

Da kann sich jeder seine eigene Meinung bilden über Herrn Eichels derzeitige Planung, 2007 ein Defizit von nur noch 1,5 Prozent zu erreichen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ein Witz! Das ist ein Witz!)

Meine Damen und Herren, auch wir als Mitglieder des Deutschen Bundestages sind der Bevölkerung gegenüber für die Qualität des Euros verantwortlich. Wir können dieser Verantwortung nicht gerecht werden, wenn Deutschland von seinen europäischen Partnern als Wackelkandidat in Fragen der Währungsstabilität wahrgenommen wird. Die **Europäische Zentralbank** kann ihr Mandat zur Preisniveaustabilität langfristig nur erfüllen, wenn in Europa finanzpolitische Disziplin herrscht. Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir wieder zu unserer alten Kompetenz zurückfinden: Deutschland als

Leo Dautzenberg

- (A) Wachstumslokomotive und Stabilitätsanker in der Eurozone und darüber hinaus auch in der EU.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie will der Bundesfinanzminister seinen Haushalt wieder in Ordnung bringen? – Bekanntermaßen hat ein Haushalt eine Ausgaben- und eine Einnahmenseite. Man kann also die Ausgaben senken oder die Einnahmen erhöhen. Betrachtet man die **Ausgaben im Bundeshaushalt**, so wird klar, wo wir ansetzen müssen: 45 Prozent des Bundeshaushalts sind für die sozialen Sicherungssysteme inklusive Rentenzuschuss festgeschrieben. 15 Prozent werden für Zinszahlungen verbraucht. Nur 10 Prozent gehen in staatliche Investitionen. Deshalb müssen wir zumindest mittelfristig die Ausgaben des Bundes insgesamt senken und dabei das Gewicht der investiven Ausgaben gegenüber dem der konsumtiven deutlich stärken. Sonst gefährden wir die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie kann man die Einnahmen erhöhen? – Man kann es wie der Bundesfinanzminister mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz und seinen Folgegesetzen machen: Verschlechterung der Standortbedingungen durch Einschränkung der Verlustausgleichsmöglichkeiten, eine völlig unpraktikable Neuregelung des § 8 a des Körperschaftsteuergesetzes, wo es um die Gesellschafterfremdfinanzierung geht, und andere belastende Faktoren. Alles Maßnahmen, die zwar kurzfristig Geld in die Kasse spülen, aber langfristig die Entwicklung Deutschlands als Wirtschaftsstandort hemmen.

- (B) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Mit den genannten Maßnahmen konterkarieren Sie – das ist sehr tragisch für Sie – Ihre eigenen Steuersatzsenkungen, einen Punkt, mit dem Sie wenigstens etwas vorzuweisen hätten.

Kommen Sie jetzt nicht mit dem Argument, auch die Union habe im Vermittlungsausschuss für die genannten Punkte gestimmt. Das Vermittlungsverfahren zu diesen Punkten war nur wieder der Reparaturbetrieb – sonst wären die Maßnahmen doch noch schlimmer ausgefallen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Das muss auch bei anderen Maßnahmen festgestellt werden.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Schlampige Regierungsvorlagen!)

Im Endeffekt bleibt gültig: Die steuerpolitischen Martinstrumente, die Rot-Grün zwischenzeitlich wieder ausgepackt hat und diskutiert, von dem ewigen Thema Vermögensteuer über die Erbschaftsteuer bis zu der letztes Jahr grandios gescheiterten Gemeindefinanzsteuer mögen kurzfristig zu Steuermehreinnahmen führen.

(Joachim Poß [SPD]: An Ihnen ist das gescheitert! – Gegenruf des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Poß, Sie haben doch keinen soliden Vorschlag!)

- Mittel- und langfristig schädigt die Regierung aber unsere Volkswirtschaft und damit unseren Staat. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dabei ist doch die Erhöhung des **Wachstumspotenzials** unserer Volkswirtschaft der entscheidende Faktor sowohl bei der Umstrukturierung der Sozialsysteme als auch in der Frage des staatlichen Defizits. Es sind nicht nur die konjunkturellen Probleme, sondern vielmehr unsere strukturellen Probleme, die uns belasten, auch wenn Rot-Grün immer behauptet, wir hätten eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Entscheidend ist, dass das Wachstumspotenzial wieder geweckt wird. Denn das fehlt Deutschland. Natürlich haben auch die schwache Weltkonjunktur und teilweise der Irakkonflikt dazu beigetragen, dass wir in dieser Situation sind. Aber die US-Wirtschaft wuchs im letzten Jahr um 3,3 Prozent. Die deutsche schrumpfte. Dieses Jahr wird Amerikas Wirtschaft circa 4,5 Prozent Wachstum verzeichnen. Was haben wir? – Vielleicht 1,7 Prozent. Mit solchen Zuwachsraten kommen wir nicht aus dem Dilemma der öffentlichen Finanzen heraus.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch einmal etwas zum Defizit in den USA!)

Was hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr geleistet, um diese Wachstumsschwäche zu überwinden? Vor ziemlich genau einem Jahr hat der Kanzler an dieser Stelle die **Agenda 2010** verkündet. Ich will nicht bestreiten, dass der Ansatz in einigen Punkten richtig ist, etwa die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Das Problem ist, dass schon die Zielsetzung meist nicht weit genug geht – siehe Deregulierung des Arbeitsmarktes –, dass die Umsetzung dilettantisch ist – ich erinnere nur an die Bundesagentur für Arbeit – und vor allem – das ist der wichtigste Punkt –: Die SPD will den notwendigen Reformweg eigentlich gar nicht gehen. Sehen Sie sich doch einmal den Zustand in Ihrer eigenen Partei an, über wie vieles, was an Reformen erforderlich wird, dort diskutiert wird. (D)

(Zuruf von der SPD: Sie kriegen nicht einmal einen Kandidaten hin!)

Der vom Sachverständigenrat angemahnte Wechsel „vom Chaos zum System“ in der Wirtschafts- und Finanzpolitik kann deshalb nur von der Union vollzogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

Unsere klaren politischen Konzepte werden unser Land für den internationalen Wettbewerb wieder fit machen – je früher, desto besser. Wenn Rot-Grün weiterhin die Reputation unseres Landes verspielt, werden wir in Zukunft verstärkt Probleme haben, unsere Ansichten in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene durchzusetzen.

Ich bin schon sehr gespannt, wie die Bundesregierung in den weiteren Verhandlungen zur europäischen Verfassung eine stärkere Verankerung der Wettbewerbsordnung

Leo Dautzenberg

- (A) und die Verpflichtung zur Geldwertstabilität durchsetzen möchte.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ja, da sind wir sehr gespannt!)

Die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes müssen integraler Bestandteil der Verfassung werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das wird dann die Nagelprobe!)

Hier sollten sich weder die Bundesregierung noch die Kommission an Aufweichungsdebatten beteiligen. Die Bundesregierung wird mehr als das Lippenbekenntnis des Finanzministers von vergangener Woche zum Stabilitäts- und Wachstumspakt abliefern müssen, wenn sie ein glaubhafter Vertreter des deutschen Interesses an einem dauerhaft stabilen Euro in der Europäischen Union sein will.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Joachim Poß, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Joachim Poß (SPD):

- (B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dautzenberg, das war ein Musterbeispiel für die scheinheilige Debatte, wie sie von CDU/CSU in diesem Zusammenhang geführt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das von Ihnen, Herr Poß!)

Auf der einen Seite beschließen Sie Anfang Dezember auf Ihrem CDU-Bundesparteitag ein Konzept, das im nächsten Jahr Steuerausfälle in Höhe von 32 Milliarden Euro bedeuten würde.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Jetzt kommt wieder Oppositionsbeschimpfung!)

Auf der anderen Seite spielen Sie sich als Hüter der Währungsstabilität und des Maastricht-Paktes auf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Irgendwie passt das nicht zusammen.

Gerade haben Sie noch die hohen Ausgaben für die Rente im Bundeshaushalt kritisiert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie haben es nicht begriffen!)

Heißt das also, Sie plädieren für Kürzungen? Dann sagen Sie doch den Menschen, dass Sie für Rentenkürzungen sind, damit die Menschen erkennen, was die Alternativen sind. Wir sind für eine Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme. Sie stehen für deren Abschaffung. Das war ein Beispiel dafür.

- (Beifall bei der SPD – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Wie war das mit dem Rentenniveau?) (C)

Ich bin sehr dankbar, dass Sie so bewundernswert deutlich die politischen Alternativen für die Bevölkerung aufzeigen. Es wird unsere Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten sein, diese Alternativen noch deutlicher herauszuarbeiten.

(Elke Wülfing [CDU/CSU]: Ihr wisst nicht, was ihr wollt!)

Sie reden von der Wachstumslokomotive, die wir in der Europäischen Union gewesen seien.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sagen Sie etwas zum europäischen Stabilitätspakt!)

Dann schauen Sie sich doch einmal die Zahlen an! Wir sind schon lange nicht mehr die Wachstumslokomotive. Das hat sachliche Gründe, wie der Sachverständigenrat mit Hinweis auf die **deutsche Einheit** und deren Konsequenzen festgestellt hat. Sagen Sie das doch den Menschen! Werfen Sie hier keine Nebelkerzen! Das sind die Rahmenbedingungen, unter den wir auch nach drei Jahren Stagnation Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Debatte über den Stabilitäts- und Wachstumspakt wird viel Unsinn verbreitet. Wir haben gerade ein Musterbeispiel dazu gehört.

- (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das war eine gute Rede von Kollege Dautzenberg!) (D)

Zum anderen wird der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt bei der innenpolitischen Auseinandersetzung als Kampfinstrument missbraucht; auch das haben wir hier erleben müssen. Beides hängt miteinander zusammen.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das ist unglaublich! Reden Sie doch einmal zur Sache! – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Davon versteht er doch gar nichts! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unerträgliche Weichmacher des Euro!)

Am 15. Januar dieses Jahres hat der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker – er ist ein Parteifreund von Ihnen –

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Sehr richtig! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Auch das ist Quatsch!)

in der Wochenzeitung „Die Zeit“ ein bemerkenswertes Interview gegeben. Jean-Claude Juncker sagt dort als einer derjenigen, die den Pakt formuliert haben:

Ja, die Kommission verbreitet – gestützt von der Europäischen Zentralbank – die Propaganda: Vertrag ist Vertrag, drei Prozent sind drei Prozent, und wer mit seinem Haushaltsdefizit darüber hinauschießt, muss sofort bestraft werden. Dabei steht das da nicht so. Das war viel feinfühlicher gemeint.

Joachim Poß

(A) Weiter führt Juncker in dem Interview aus:

Wir haben damals bewusst Spielraum für politische Entscheidungen gelassen. Und den hat der Rat

– bei seiner Entscheidung am 25. November 2003 – genutzt. Schließlich geht es hier um hochpolitische Fragen.

Jean-Claude Juncker als einer der Väter des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes macht in seinem „Zeit“-Interview voller Zorn über die aktuelle Debatte zum Stabilitätspakt klar – damit meint er auch die Äußerungen, die Frau Merkel, Herr Stoiber und Herr Merz in diesem Zusammenhang gemacht haben –:

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das denn? – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie haben doch noch nie in Ihrem Leben mit Juncker gesprochen! Der redet nicht mit jedem!)

Von Anfang an war und ist Bestandteil des Paktes, dass er ökonomisch und politisch vernünftig interpretiert und angewendet wird. Durch den Pakt wird eben nicht vorgeschrieben, dass in konjunkturellen Schwächephasen ohne Rücksicht auf die ökonomischen Kosten ein restriktiver finanzpolitischer Kurs zu fahren ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Europäische Wachstums- und Stabilitätspakt ist ohne weiteres mit konjunkturstützenden und wachstumsfördernden Politikmaßnahmen und -strategien vereinbar, und zwar auch dann, wenn diese nicht zum Nulltarif zu haben sind.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Stabilität von Null!)

So weit Jean-Claude Juncker, der den Pakt mit formuliert hat.

Ich möchte es ausdrücklich hervorheben: Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich bewährt und er bewährt sich weiter. Das gilt ausdrücklich auch deshalb, weil die europäischen Finanzminister am 25. November des letzten Jahres so entschieden haben, wie sie entschieden haben. Dennoch beharren die Opposition und auch manche Meinungsführer auf ihrer falschen, schlichten und ideologischen Sichtweise des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Die Verbalattacken der CDU/CSU gegen die Haushaltspolitik von Hans Eichel

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Waren alle gerechtfertigt!)

gehen aber nicht nur auf ein ideologisch geprägtes grundsätzliches Missverstehen des Sinns und der Ausgestaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes zurück. Sie zeigen auch, dass die oppositionelle Positionierung in der Finanzpolitik in diesen Tagen – wie seit geraumer Zeit – von nicht zu überbietender Widersprüchlichkeit ist.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hubert Ulrich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)

Bestes Beispiel dafür sind die von mir bereits genannten Vorstellungen der CDU – weniger der CSU – und auch der FDP über so genannte **Steuerreformen**. In Ihren Reihen gibt es immer noch zwei Modelle, die nach wie vor grundverschieden sind. Das werden Sie am kommenden Sonntag mit vielen Worten übertünchen. Das ändert aber am konzeptionellen Unterschied überhaupt nichts. Die CDU legt mit Ihrer Bierdeckelreform ein Konzept vor, durch das ein Verfassungsgebot weitgehend aushöhlt würde, nämlich die Besteuerung gemäß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Mit diesem Konzept verabschieden Sie sich vom Sozialstaat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ach, Herr Poß! – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Lassen Sie das einmal jemanden machen, der mehr davon versteht als Sie!)

Die CSU tut das nicht. Auch sie misst der Einkommensteuer weiterhin eine sozial ausgleichende Funktion zu. Das ist der Unterschied. Wegen der prinzipiellen Unvereinbarkeit der beiden Konzepte wird es auch nach dem kommenden Wochenende beim steuerpolitischen Dissens in der Union bleiben. Fatthäuser und Merz werden sich auf nichtssagende Thesen einigen. Mit dem Ziel, die nach wie vor vielen offenen Fragen zu überdecken, bleibt hier alles wachweich und wenig aussagekräftig.

Wenn Sie etwas Konkretes liefern wollen – Sie haben in München und Stuttgart doch gute Finanzministerien –, dann legen Sie doch endlich einen konkreten Gesetzentwurf vor, aufgrund dessen die Menschen sehen können, wer be- und wer entlastet wird. Die Berechnungen, die es auch von unabhängigen Instituten bisher dazu gibt, zeigen eindeutig, dass die Krankenschwester draufzahlen und der Chefarzt profitieren würde. Das und nichts anderes sind die verteilungspolitischen Auswirkungen Ihres Systems.

(D)

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie wären normalerweise gestorben! – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Dummheit tut weh!)

Alle Berechnungen dieser Modelle machen deutlich: Weder für den Bund, noch für die Länder, noch für die Kommunen wäre das finanzierbar. Herr Dautzenberg, Sie haben vorhin etwas zur Situation der Kommunen und zur Gemeindefinanzsteuer gesagt. Sie aber haben die Stärkung der kommunalen Finanzen im Vermittlungsausschuss verhindert. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Es lohnt sich nicht, darauf einzugehen!)

– Frau Kollegin Wülfing! – Wenn Sie nicht glauben, was ich Ihnen erzähle, dann habe ich die herzliche Bitte, dass Sie nicht so viel Fernsehen gucken, sondern sich den Bericht, der von den Finanzministern aller 16 Länder

Joachim Poß

- (A) erarbeitet wurde und in dem die Modelle begutachtet werden, in Ruhe anschauen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir wollen Benneter hören!)

Dann werden Sie nämlich zu der Schlussfolgerung kommen, die ich gezogen habe, nämlich dass das, was unter dem Stichwort der **Einfachsteuerkonzepte** vorgelegt wurde, eine Irreführung der Öffentlichkeit ist. Das sind unfinanzierbare und unsoziale Konzepte, die mit unserer Zustimmung nie Realität werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Alles unseriös! – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Dafür werden Sie beim nächsten Mal abgewählt!)

Wenn das CDU-Konzept umgesetzt werden sollte, Herr Kollege Dautzenberg, dann würde das bedeuten, dass das Haushaltsdefizit, dessen Obergrenze im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegt ist, im nächsten Jahr um zusätzlich 1,5 Prozent steigen würde.

(Elke Wülfing [CDU/CSU]: Thema verfehlt! Setzen! Sechs!)

Wenn wir von einer Gesamtverschuldung von 3 Prozent ausgehen, dann wären das mit Ihrem Konzept 4,5 Prozent. Wie können Sie auf der einen Seite solche Reden halten und auf der anderen Seite solche Vorschläge unterbreiten? Das ist wirklich eine Widersprüchlichkeit, die durch nichts zu überbieten ist.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies zu fordern und Hans Eichel und uns vorzuwerfen, wir verletzen den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, ist einfach schizophran. Sie haben uns mangelnden Konsolidierungswillen vorgehalten. Gleichzeitig aber haben Sie mit der Unionsmehrheit im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss den Abbau von steuerlichen Subventionen und Vergünstigungen weitgehend verhindert. Im selben Atemzug schlagen Sie im Rahmen einer großen Steuerreform die Streichung all dieser Vergünstigungen vor. All das passt nicht zusammen und ist scheinheilig, um das hier zu wiederholen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht der Finanzminister kommt zu dem Ergebnis, das die „Süddeutsche Zeitung“ so zusammengefasst hat: „Radikale Steuerreform entlastet Reiche“. Auch hier wird bestätigt, was wir von Anfang an gesagt haben: Unter dem Deckmantel der Steuervereinfachung – wie wir wissen, ist die Einforderung von Steuervereinfachung sehr populär – streben CDU und FDP eine Umverteilung der Steuerlast von Spitzenverdienern auf Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen an. Eine solche unsoziale Steuerpolitik werden wir nie mitmachen.

Wenn Sie wirklich die Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wollen, dann fordern Sie nicht weiterhin milliardenschwere Steuerentlastun-

gen, von denen insbesondere Spitzenverdiener profitieren. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Andreas Pinkwart, FDP-Fraktion.

(Klaus Haupt [FDP]: Nun kommt Sachverständ!)

Dr. Andreas Pinkwart (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten eigentlich gedacht, Herr Poß, dass Sie zum Thema sprechen würden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Peter Hintze [CDU/CSU]: Diese Vermutung hatten wir nie!)

Aber da Sie sich maßgeblich mit der aktuellen Diskussion zur Steuerpolitik auseinandergesetzt haben, möchte ich einen Satz dazu sagen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Es ist doch sehr bemerkenswert, dass Sie alle Modelle – das haben Sie getan –, die sich mit Steuersenkungen und -vereinfachungen beschäftigen und von den Finanzministern in einem Gutachten bewertet worden sind, in Bausch und Bogen abgelehnt haben. Dabei plant Ihr Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, Herr Steinbrück, in den nächsten Tagen mit Herrn Kirchhof, einem der Autoren, eine Pressekonferenz, weil er das Gutachten mitfinanziert und Schritte in diese Richtung machen will. Herr Poß, klären Sie erst einmal für Ihre Partei, was Sie wollen! Wollen Sie weiterhin hohe Steuern mit einem komplizierten Steuerrecht? Oder wollen Sie in Deutschland endlich für bessere Rahmenbedingungen sorgen? (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Steuerchaos!)

Dass Sie hier nicht zum eigentlichen Thema reden wollen, ist verständlich. Was haben wir im Deutschen Bundestag und auch im Bundesrat alles vereinbart, als wir die D-Mark abgeschafft und den Euro eingeführt haben? Wir haben uns darauf verständigt, den hohen Stabilitätsanspruch an unsere Währung dadurch zu sichern, dass wir klare Kriterien definieren. Sie wissen: Das gesamtstaatliche Defizit in Deutschland jährlich auf maximal 3 Prozent zu begrenzen,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: In schlechten Zeiten!)

die Verschuldungsgrenze insgesamt auf 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu führen und mittelfristig ausgeglichene Budgets vorzulegen, das sind die drei zentralen Regeln. Sie von Rot-Grün haben gegen alle Regeln nachhaltig verstoßen. Das gilt es, hier zu diskutieren.

Dr. Andreas Pinkwart

(A) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie haben beim ersten Kriterium, der **Defizitquote**, in den letzten Jahren eine Vervielfachung vorgekegelt. Im Jahre 2000 lag die Neuverschuldungsquote noch bei 1 Prozent, im vergangenen Jahr bei 4 Prozent.

Wie sieht es bei dem zweiten Kriterium aus? Die **Gesamtschuldenquote** ist innerhalb von drei Jahren von 60,8 Prozent auf 65 Prozent gestiegen.

Schließlich hat Ihr Finanzminister das Ziel, zu einem **ausgeglichenen Budget** zu kommen, wiederholt für die nächsten Jahre versprochen. Das wird selbst nach Ihrem neuen Bericht im Jahr 2007 verfehlt werden, wo Sie jetzt immer noch eine Neuverschuldungsquote von 1,5 Prozent einplanen. Das sind die Zahlen, die wir hier diskutieren müssen. Vor denen drücken Sie sich doch in Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Weil Sie Fehler in Ihrer Politik gemacht haben – zuweilen hat sie der Bundeskanzler hier auch eingeräumt –, ist Deutschland nicht aus der **Strukturkrise** herausgekommen. Deshalb verfehlen Sie in Serie diese Kriterien und legen uns Haushalte vor, die schon bei der Aufstellung verfassungswidrig sind. Das ist doch das, was wir hier kritisieren müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU –
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Vorsätzlicher
Verfassungsbruch!)

(B) Um sich dann Luft zu verschaffen, versuchen Sie, die Regeln einfach zu ändern. Das ist so wie im privaten Leben: Wenn ein reichlich bemessener Anzug auf einmal nicht mehr passt und man feststellt, man müsste eigentlich sein Verhalten ändern, um das Körpergewicht zu reduzieren, dann setzen Sie auf die nächste Konfektionsgröße, statt grundlegend das Verhalten zu ändern. Ihre Gesundheitsministerin würde das als ein sehr ungesundes Verhalten qualifizieren. Genauso ungesund ist das, was Sie tun, für unsere Volkswirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn ich dann höre, dass Sie, Herr Poß, am Stabilitätspakt festhalten wollen – das war der einzige Satz, den Sie zum Thema gesagt haben –, dann möchte ich Sie herzlich bitten, mit Ihrem grünen Koalitionspartner über das zu reden, was Herr Cohn-Bendit, der Spitzenkandidat der Grünen für die Europawahl, dieser Tage in der „Welt“ geschrieben hat. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich das zitieren:

Der Stabilitätspakt, der vor fünf Jahren noch seine Berechtigung hatte, ist unter den heutigen ökonomischen Bedingungen einfach kein adäquates Instrument mehr.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Und wenn Regeln nicht mehr funktionieren, dann muss man sie ändern ...

(Zurufe von der CDU/CSU: Unglaublich! –
Der Mann gehört zurückgezogen!)

Wenn man auf diese Weise Politik macht, dann verspielt man das notwendige Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die **Stabilität** unserer Währung. Das ist ein hohes Gut, wie wir wissen. Als das Vertrauen nämlich noch da war, hatte dieses Land Erfolg. Sie verspielen diesen Erfolg mit Ihrer Politik.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir fordern Sie auf: Arbeiten Sie nicht mit den Ländern zusammen und stimmen Sie nicht in den Chor derer ein, die Regeln verletzen wollen, sondern kommen Sie auf das zurück, was beschlossen ist. Richten Sie Ihre Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik danach aus, dass Ziele auch erreicht werden können. Die Vorgängerregierung von Ihnen, die Sonderbelastungen zu schultern hatte, wie Sie sie erst zugegeben haben, als Sie selbst an die Regierung gekommen sind, hat diese wichtigen Stabilitätskriterien durchgesetzt, auch gegenüber den anderen Ländern in Europa, die sich damit zunächst schwer getan haben. Diese Vorgängerregierung hat Ihnen einen Haushalt mit einer Neuverschuldungsquote von 2,2 Prozent übergeben. Das war genau der Durchschnitt der EU-Länder. Erst seitdem Sie regieren, werden diese Regeln verletzt. Sie haben das zu verantworten. Ändern Sie Ihre Politik, damit das Vertrauen in die Währung wieder hergestellt werden kann!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Anja Hajduk vom Bündnis 90/Die Grünen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die wird jetzt
Herrn Cohn-Bendit verteidigen!)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte im Zusammenhang mit meinem Kollegen Cohn-Bendit kurz klarstellen: Wir, Bündnis 90/Die Grünen, haben im Wahlprogramm zur Europawahl im vergangenen Herbst eindeutig verankert, dass wir am Stabilitäts- und Wachstumspakt festhalten und dass wir ihn richtig finden. Herr Cohn-Bendit war seinerzeit anwesend.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Dann muss er als
Spitzenkandidat zurücktreten!)

Es gibt immer mal wieder unterschiedliche Meinungen. Ich sage das ganz offen, um Ihnen unsere Position zu verdeutlichen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Dann müsst ihr ihn
zurückziehen!)

In dieser Frage gibt es aber keine unterschiedlichen Meinungen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir schicken
ihm das Programm gerne noch einmal zu!)

– Ich bin Ihnen durchaus dankbar, Herr Kampeter, dass Sie mich so unterstützen.

Zum Thema: Ihr Antrag lautet „Strikte Einhaltung des geltenden europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes“. Dieser Pakt hat, wie gesagt, seine Gründe – darauf

Anja Hajduk

- (A) will ich zum Schluss noch zurückkommen – und ist wichtig. Wir sind uns in der Zielsetzung, gerade im Hinblick auf ein wachsendes und zusammenwachsendes Europa, einig. Darin liegt eine Grundbedingung, die deutlich macht, dass ein solcher Stabilitäts- und Wachstumspakt notwendig ist. Wir sind davon überzeugt, dass eine **Koordination der Wirtschafts- und Haushaltspolitiken** in Europa notwendig wird. Ich glaube, darin sind wir uns in diesem Hause einig.

Sie plädieren für die strikte Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Ich will Sie auffordern, sich zu überlegen: Hilft es eigentlich, die strikte Einhaltung zu fördern? Ist es nicht – statt polemisch zu streiten – notwendig, ehrlich festzustellen, in welcher Situation wir uns befinden?

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Polemik kam nur von Poß!)

– Ich meine damit alle. – Bewähren sich die Regeln auch in konjunkturell schwierigen Zeiten? Das ist eine wichtige Frage.

Seit drei Jahren verzeichnen wir eine **stagnative Entwicklung**. Das ist eine schwierige wirtschaftspolitische Ausgangslage, die in den Haushalten ihre Spuren hinterlässt.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Deshalb haben Sie die Regeln auch wiederholt gebrochen!)

– Nein, es ist anders. Wir haben nicht die Regeln gebrochen. Wir haben vielmehr die **Defizitkriterien** verfehlt, und zwar im Jahr 2002 mit 3,5 Prozent und im Jahr 2003 mit 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wir werden die Kriterien auch im Jahr 2004 nicht einhalten. Das leugnet niemand.

(B)

Wir haben zwar die Kriterien verfehlt, aber zum Stabilitäts- und Wachstumspakt gehört auch, die schwierige Realität in den Blick zu nehmen, dass wir auch die **Wachstumsziele** nicht erreicht haben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Stimmt! Herr Poß, hören Sie doch mal zu! Sie hält eine Rede zum Thema! – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Herr Poß, da können Sie noch was lernen! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie redet über die richtigen Fragen!)

Die Wachstumsziele waren so prognostiziert, dass die Kriterien in den Jahren 2002 bis 2004 hätten eingehalten werden können. Dabei war eine Wachstumsprognose von 2 Prozent unterstellt worden.

Wir müssen uns fragen, wie wir mit dieser schwierigen Lage umzugehen haben. Ich meine, unsere frühere Zielsetzung war richtig; wir haben sie aber leider nicht durchgehalten. Wenn ich „wir“ sage, dann sind auch Sie mit angesprochen. Es wäre eine vernünftige Zielsetzung gewesen, hinsichtlich der Wachstumszahlen für die Haushaltsplanung von einer vorsichtigeren Grundlage auszugehen, auch wenn es wünschenswert ist, wenn das tatsächliche Wachstum diese letztlich übertrifft.

Die Bundesregierung hatte nach der Wiederwahl vor, als Grundlage von einer **Wachstumsprognose** entspre-

chend dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre von 1,5 Prozent auszugehen. Das wäre vorsichtiger gewesen, es ist aber im Finanzplanungsrat, in dem die Unionsfinanzminister die Mehrheit haben, gescheitert. Ich möchte Sie auffordern, mit dafür zu werben, dass wir zukünftig vorsichtiger kalkulieren. Damit schaffen wir eine solidere Grundlage.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So einer schlechten Politik kann auch der Finanzplanungsrat nicht zustimmen!)

Notwendig ist auch eine Politik, die Beschäftigung und Wachstum fördert. Wir dürfen nicht nur das Wachstum abstrakt in den Mittelpunkt stellen, sondern müssen auch die **Beschäftigung** berücksichtigen. Dazu sind – das ist wohl unstrittig – Reformvorhaben wie auch die **Umsetzung der Agenda 2010** notwendig.

In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen offen sagen: Wenn wir über die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Perspektive reden, dann reicht es nicht, wenn Sie die pauschale Forderung in Ihren Antrag aufnehmen, die **Ausgaben** insbesondere im konsumtiven Bereich müssten gesenkt werden. Sie müssen vielmehr selber Vorschläge machen, und zwar auch dazu – darauf hat Herr Poß zu Recht hingewiesen –, welche strukturellen Reformen Sie vorschlagen, um die Ausgaben zum Beispiel in der **Alterssicherung** zu begrenzen.

(Elke Wülfing [CDU/CSU]: Dann lesen Sie doch mal unseren Bundesparteitagbeschluss!)

Wir sollten allerdings aufhören, nur immer von strukturellen Reformen zu sprechen. Das ist ein Unwort. Ich ziehe es vor, von konkreten Reformen zu sprechen.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie haben doch damals die Rentenreform abgelehnt! Das ist doch hausgemacht!)

Sie werden in einigen Wochen den Beweis antreten müssen, was Sie mitzutragen bereit sind. Die Zukunft unserer Gesellschaft verträgt es nicht, dass gegen Einsparungen gerade auch im Bereich der Alterssicherung polemisiert wird.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie haben doch die Rentenreform verhindert!)

Hier werden Sie in die Pflicht genommen werden. Darauf möchte ich Sie schon jetzt vorbereiten; denn konkret sind Sie in Ihren Vorschlägen noch nicht geworden. Herr Dautzenberg, gerade Sie sind in Ihrer Rede sehr allgemein geblieben.

(Joachim Poß [SPD]: Er hat „Rentenkürzung“ gesagt!)

Ich möchte auch noch etwas zu der Entwicklung sagen, die Sie direkt mitverursacht haben. Das betrifft insbesondere die Union, aber auch, glaube ich, die FDP. Sie haben im Vermittlungsausschuss eine riesige Chance im Hinblick auf die strukturelle **Haushaltsentwicklung** vom Jahr 2005 an vertan. Bei der Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz haben die von Ihnen benannten Experten gebeten, dass wir uns trotz des Streits über die **Steuerreform** und insbesondere die Tarifsenkung über

(C)

(D)

Anja Hajduk

- (A) den weitestgehend möglichen **Subventionsabbau** einig werden sollten. Da ich nicht immer nur von Eigenheimzulage und Entfernungspauschale reden möchte, sage ich in Richtung Union: Die von Ihnen vertretene Blockadehaltung hinsichtlich der Subventionen für die Landwirtschaft ist nicht zukunftsweisend.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Was ist denn mit den Steinkohlesubventionen, die in vollem Umfang weiterlaufen?)

Hier müssen Sie umdenken; denn das ist mit Blick auf eine sinnvolle Perspektive für den Haushalt und auch für Europa ungläubwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Sie haben doch Punkte von der Liste gestrichen! Sie blockieren doch den Subventionsabbau! Sie blockieren bei den grünen Subventionen!)

– Herr Meister, seien Sie nicht unehrlich!

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Sie sind unehrlich! Sie haben blockiert, Sie haben sich verweigert!)

Sie halten flammende Plädoyers, wenn Ausnahmetatbestände, von denen bestimmte Lobbygruppen profitieren, gestrichen werden sollen. Das, was Sie gerade aufzuführen, ist nicht sehr ehrlich. Ich glaube, das wissen selbst Ihre eigenen Kollegen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Joachim Poß [SPD]: Es waren viele dabei, Herr Meister, die Sie blockiert haben!)

Ich möchte noch einmal festhalten: Nicht die Anwendung des Regelwerks des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, sondern der **Reformstau**, den sich dieses Land geleistet hat,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Noch leistet!)

ist nach meiner Meinung das Problem. Das betrifft auch uns. Aber wir unternehmen seit dem letzten Jahr große Reformanstrengungen. Sie wissen, dass Sie hinsichtlich des Reformstaus noch viel mehr Jahre auf dem Buckel haben. Da gerade dazwischengerufen wurde, dass sich dieses Land noch immer einen Reformstau leiste, möchte ich auf Ihre Mitverantwortung zu sprechen kommen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss liegt es auch in Ihrer Verantwortung, dass sich dieses Land in Zukunft keinen weiteren Reformstau leistet. Wir können zwar in der Sache streiten. Aber faule Kompromisse sollten wir nicht mehr schließen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Das sollten Sie nicht uns, sondern der SPD sagen!)

Die Funktionsfähigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist eine entscheidende Vertrauensgrundlage für den Prozess der europäischen Einigung. Das Vertrauen in diesen Pakt zu sichern gebietet auch die **euro-**

päische Solidarität. Ich sage Ihnen ganz selbstbewusst: Wir werden uns weiter an dem Stabilitäts- und Wachstumspakt orientieren, und zwar auch in schwierigen Zeiten. Es nutzt nichts, nur darüber zu jammern, dass man Kriterien verfehlt. Man muss vielmehr Lösungen für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Deutschland finden; denn nur dann haben wir die Chance, die Kriterien einzuhalten. Wir wollen uns dem dafür notwendigen Reformprozess stellen. An Sie richtet sich die Frage, ob Sie uns dabei konstruktiv-kritisch begleiten wollen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Georg Fahrenschon von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Georg Fahrenschon (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sollten uns im Hinblick auf das, was am 25. November des vergangenen Jahres geschehen ist, mit dem Warum und Wieso sehr genau auseinander setzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass der 25. November des vergangenen Jahres kein guter Tag für Europa, kein guter Tag für das europäische Recht und erst recht kein guter Tag für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

An diesem Tag wurden mit der Entscheidung der EU-Finanzminister, das Defizitverfahren auf Deutschland nicht anzuwenden, erstens unserer gemeinsamen Währung, dem Euro, die Grundlage entzogen, zweitens der Stabilitäts- und Wachstumspakt stark beschädigt und drittens in einer Nacht-und-Nebelaktion europäisches Recht gebeugt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Daran ist besonders schlimm, dass gerade das Land, das sich in den 90er-Jahren insbesondere für den Stabilitätspakt eingesetzt und ihn durchgesetzt hat, für seine Demontage verantwortlich ist.

Die Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung waren Kernelemente des **Vertrags von Maastricht**, dem der Bundestag am 2. Dezember 1992 mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hat. Wir müssen uns schon mit der Grundlage auseinander setzen. Der Stabilitätspakt war nämlich der Schlüssel dazu, die alte europapolitische Frage „Was muss zuerst kommen: eine politische Union oder eine Wirtschafts- und Währungsunion?“ zu beantworten. Im Grunde ist die politische Union in Europa heute noch nicht verwirklicht. Der Stabilitätspakt war der Schlüssel zur Einführung der gemeinsamen Währung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So wie er

Georg Fahrenschon

- (A) ausschaut, wird das Herrn Poß gerade jetzt erst klar!)

Wer den Stabilitätspakt jetzt zerstört, der macht natürlich wesentliche Teile der **gemeinsamen Währungspolitik** kaputt.

Herr Poß, interessant ist Folgendes: 1997 waren sich alle Fraktionen dieses Parlaments einig, dass man auf den Stabilitätspakt setzt, da ohne ihn die politische Union und die Wirtschaftsunion nicht erreicht werden können. Deshalb hat man den Stabilitätspakt gemeinsam beschlossen und in den Mittelpunkt der Europapolitik gerückt.

(Joachim Poß [SPD]: Im Sinne von Juncker!)

Herr Poß, nur einer war dagegen: der heutige Bundeskanzler Gerhard Schröder. Schon damals hat er nämlich gegen die im Stabilitätspakt festgelegten **Kriterien** argumentiert. Ihm waren sie zu wenig strikt. Er hat sogar davon gesprochen, dass der **Euro** angesichts der Ausgangslage 1997 eine „kränkelnde Frühgeburt“ ist. In diesem Sinne hat er sich ausgedrückt. In einem Interview mit dem „Spiegel“ ging er sogar so weit, zu sagen – ich zitiere –:

Ich bin wahrscheinlich einer der wenigen, die den Vertrag von Maastricht noch ernst nehmen. ... Ich will, dass die Stabilitätskriterien, wie es das Bundesverfassungsgericht fordert und wie es in beiden Erklärungen von Bundestag und Bundesrat steht, strikt eingehalten werden.

- (B) (Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Machen Sie doch nicht nur Vergangenheitsbewältigung!)

– Mir ist schon klar, dass Sie das nicht hören wollen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Schauen Sie doch mal nach vorne!)

– Nein, Frau Hajduk, ich schaue nicht nach vorne.

(Joachim Poß [SPD]: So jung und schon so rückwärts gewandt!)

Wir müssen uns mit der Grundlage des Euros auseinandersetzen. Sie und Ihr Bundesfinanzminister haben am 25. November des letzten Jahres diese Grundlage in Schutt und Asche gelegt, also zerstört.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Zerstören können sie gut!)

Wissen Sie, warum? Weil Sie die Grundlage nicht mehr anerkennen wollen, weil Ihr Bundeskanzler bzw. der Kanzler Ihres Koalitionspartners jetzt vor den Trümmern seiner Politik steht. Der Hintergrund ist: Wir stünden jetzt am Vorabend von **Strafzahlungen**, die der Stabilitätspakt eigentlich vorgesehen hat. Ihr Manöver hat doch nur den Zweck, dass die Strafzahlungen, die die Bundesrepublik noch vor der nächsten Bundestagswahl zu leisten hätte, verhindert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Letztendlich haben Sie die „kränkelnde Frühgeburt“ in den Brunnen geworfen. Dieser Vorwurf ist an Sie zu richten. (C)

Der Bundesfinanzminister ist nicht wesentlich besser. Noch auf dem Bundesparteitag der SPD im November 2001 sagte er:

Wir bleiben auf Kurs. Wenn wir jetzt wackelten, wenn wir unsere europäischen Verabredungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht einhielten, dann halten sie andere auch nicht ein.

Er hat ja Recht: Genau das wird passieren. Aber er hält sich nicht mehr daran. Aus dem „eisernen Hans“, der sich vor nicht allzu langer Zeit mit jedem anlegte, der seine Sparziele unterlaufen wollte, ist mittlerweile jemand geworden, der die EU-Kommission, die Hüterin der Verträge, attackiert, weil sie von ihm weitere Sparbemühungen verlangt.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Und was macht der Außenminister? Der schweigt und macht mit!)

Jeder andere Finanzminister hätte diesen Vorgang dazu benutzt, die Fachminister weiter unter Druck zu setzen. Aber nein, Hans Eichel hat kapituliert.

(Beifall bei der CDU/CSU – Peter Hintze
[CDU/CSU]: Wo ist er überhaupt?)

Hans Eichel argumentiert im Übrigen damit, er könne der Forderung der Kommission nicht nachkommen, weil sie von ihm eine unzumutbare, prozyklische Finanzpolitik verlangt. Ich will darauf hinweisen: Der Finanzminister ist hier ein Gefangener seiner eigenen Wachstumspropaganda. Entweder: Wenn seine Wachstumsprognosen für die kommenden Jahre stimmen, dann ist der Vorwurf, man verlange von ihm eine prozyklische Finanzpolitik, nicht richtig. Oder: Wenn die Wachstumsprognosen nicht stimmen, dann sind die Beruhigungspillen, die er verteilt, die falsche Medizin für unser Land. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte noch auf einen parlamentarischen Vorgang hinweisen. Ich habe nachgeschaut: Der Finanzminister hat am Vorabend des 25. November im Ausschuss Rede und Antwort gestanden. Er hat sich auf ein juristisches Gutachten berufen, nämlich auf das juristische Gutachten des Rates. Übrigens hat uns der Finanzminister das Gutachten nicht am selben Tag, sondern erst drei Monate später zur Verfügung gestellt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So schnell arbeitet das Ministerium halt! Da würde ich nicht so kritisch sein! Das ist so!)

Schon im ersten Punkt des Gutachtens, auf das sich der Finanzminister bezieht, ist zu lesen, dass Veränderungen an den Auflagen gegenüber Deutschland nur auf Empfehlung der Kommission vorgenommen werden können. Es ist nicht Recht des Ecofin-Rates, die Auflagen zu ändern. Es ist Recht der Kommission, die Auflagen zu ändern.

Georg Fahrenschohn

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Geschummelt hat er!)

Zumindest insoweit hat uns Hans Eichel die Unwahrheit erzählt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Auch das überrascht in Deutschland keinen mehr!)

Die ständigen Überschreitungen der Defizitkriterien sind zudem – das herauszuarbeiten ist mir wichtig – ein Verrat an der Jugend unseres Landes. Wir brauchen keinen groß angelegten Nachhaltigkeitsbeirat. Wir brauchen **Nachhaltigkeit** in der Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Statistische Bundesamt meldet in dieser Woche: Die **Schulden der öffentlichen Haushalte** sind mittlerweile auf über 1,3256 Billionen Euro gestiegen. Legt man die 1,3 Billionen Euro Staatsschulden auf die rund 80 Millionen Bundesbürger um, dann steht jeder Deutsche, vom Baby bis zum Opa, mit mittlerweile 16 570 Euro in der Kreide.

(Günter Gloser [SPD]: Was haben Sie dazu beigetragen?)

– Das ist unser Problem, unser gemeinsames Problem.

Wenn Sie die Sperre, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt dagegen aufbaut, zerstören, dann ist das unverantwortlich.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Es sind unsere Schulden. Es sind vor allem die Schulden der nachfolgenden Generation, unserer Kinder und Enkelkinder. Herr Eichel predigt Nachhaltigkeit, der grüne Koalitionspartner einen sanften Umgang mit der Schöpfung und der Umwelt, aber wenn es um finanzielle und soziale Ressourcen in unserem Land geht, dann lassen sie einfach alle Fünfe gerade sein und tun nichts.

(Beifall bei der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Das ist doch Harzer Käse, was Sie erzählen!)

Ein Highlight ist es, wenn sich Hans Eichel auf Immanuel Kant bezieht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der würde sich im Grabe umdrehen, wenn er das wüsste!)

In seiner Rede am 25. Februar 2004 hat Hans Eichel erklärt, bei Licht betrachtet sei alles so schwierig, und Immanuel Kant wie folgt zitiert:

Der Mensch ist aus so krummem Holz gemacht, dass sich daraus nichts Gutes zimmern lässt.

Immanuel Kant hat sein Leben nach strengen Regeln organisiert. Er ist jeden Morgen zur gleichen Zeit aufgestanden. Nach Frühstück, Arbeit, Mittagessen, Nachmittagsspaziergang ging es früh zu Bett. Nach Kants strikt geregeltem Tagesablauf konnte man die Uhr stellen.

Deshalb ist es unverfroren, wenn Hans Eichel mit Kant (C) argumentiert.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Er muss nach Königsberg fahren und Abbitte leisten!)

Eigentlich hätte er ein anderes Zitat heraussuchen müssen, nämlich eines gegen die schwammige und willkürliche Auslegung des Stabilitätspaktes:

Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepasst werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Axel Schäfer von der SPD-Fraktion.

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Man sollte Kant und auch Hans Eichel schon richtig zitieren.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das denke ich auch!)

Kant hat gesagt: Handle so, dass die Maxime deines Willens stets die Grundlage für die allgemeine Gesetzgebung sein kann. – Darüber sind wir uns doch sicherlich einig. Hans Eichel hat in jener Rede damals ausgeführt: Wenn man Regeln konzipiert, muss man sich den Spielraum lassen, damit sie angemessen angesichts der jeweiligen spezifischen Herausforderung gehandhabt werden können. Nur dann nützen sie den Menschen. – Genau so ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Unionsfraktion zur strikten Einhaltung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts und zur strikten Anwendung seiner Vorschriften hier ständig darlegt, heißt in der Praxis ihrer Politik normalerweise: striktes Anhalten und strenges Einwenden gegen alle Reformvorschläge. – Das ist Ihre Position und deshalb ist das genau an dieser Stelle ungläubwürdig.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Reform bedeutet doch nicht Defizitsteigerung! Das ist völliger Unsinn! – Gegenruf von der SPD: Aber Sie können es nicht widerlegen! Sie behaupten immer nur!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben doch bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss deutlich machen können, dass es notwendig ist, den Stabilitätspakt auf allen Seiten einzuhalten. Das Einhalten bedeutet, dass sowohl der Bundes- wie auf die Länderhaushalte ausgeglichen sind. Dafür trägt man gemeinsam die Verantwortung. Dieser gemeinsamen Verantwortung können Sie sich deshalb auch nicht entziehen.

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das will doch hier auch keiner!)

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) Das Zweite ist: Die Aufforderung der EU-Kommission an Deutschland, in diesem Jahr über die bereits beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen hinaus weitere Milliarden Euro einzusparen, ist von der Mehrheit der EU-Finanzminister inklusive Hans Eichel zu Recht zurückgewiesen worden, denn wir wollen die **konjunkturelle Erholung** in Deutschland nicht gefährden. Kein Staat in Europa kann Interesse daran haben, dass der Aufschwung in Deutschland gefährdet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Bei einer Staatsquote von 50 Prozent brauchen Sie hier nicht ein vulgär-keynesianisches Argument vorzutragen!)

Das scheint allerdings Ihr Interesse zu sein, denn mein Vorredner hat ja gemeint, dass es notwendig wäre, **Strafzahlungen** zu leisten. Sie müssten dann auch öffentlich erklären, was Strafzahlungen in der Praxis bedeuten: Sie ziehen enorme Kürzungen im sozialen Bereich nach sich. So etwas kann man nicht einfach folgenlos propagieren, sondern dafür müssen Sie dann die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Rechtsbrecher empört sich über die Strafe!)

- Ich bin Ihnen sehr dankbar für den Zwischenruf „Rechtsbrecher“. Ich habe Jean-Claude Juncker als Finanzminister und Ministerpräsidenten von Luxemburg fünf Jahre lang als Partner im Europäischen Parlament erlebt. Er hat zum Thema Stabilitätskriterium und Einhaltung des Stabilitätspaktes alles Notwendige gesagt; Joachim Poß hat zu Recht darauf hingewiesen. Reden Sie doch einmal wie ich mit Jean-Claude Juncker. Er könnte Ihnen erklären, wie 1992 die Funktionsweise des Stabilitätspaktes konzipiert war. Reden Sie bitte nicht von europäischen Dingen – es tut mir Leid, das sagen zu müssen –, von denen Sie leider keine Ahnung haben.

(Beifall bei der SPD)

Das Entscheidende ist: Deutschland hat jede Auflage aus Brüssel, was die Umsetzung des Stabilitätspaktes betrifft, erfüllt. Der **Ecofin-Rat** bewegt sich mit der Zurückweisung der Kommissionsposition ganz eindeutig auf dem Boden des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das sehen außer Ihnen aber wenige in Europa so!)

Deshalb wird die angestrebte Klage gegen den Rat vor Gericht ganz sicher scheitern. Darüber werden wir hier dann auch gerne diskutieren.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Warten wir es einmal ab!)

Sinn und Zweck des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist bekanntlich, die Mitgliedstaaten zu einer **soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik** anzuhalten, so mithilfe der Haushalts- und Finanzpolitik das **Vertrauen in die neue europäische Währung**, den Euro, zu stärken und die **Geldwertstabilität in der Eu-**

rozone zu sichern. Alle diese Ziele, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden erreicht. Die öffentlichen Haushalte in Euroland weisen selbst nach mehrjähriger wirtschaftlicher Stagnation bei weitem nicht mehr die hohen Verschuldungsraten früherer Jahre auf. Niemand wird zudem bestreiten, dass sich der Euro an den internationalen Finanz- und Devisenmärkten durchgesetzt hat und Europa und insbesondere Deutschland in Wirklichkeit weit davon entfernt sind, Inflation und galoppierende Preise zu produzieren. Zu Stabilität gehört eine vorausschauende Finanzpolitik und zu Wachstum gehört Innovation.

Stichwort **Stabilität**: Die Position, die, von Schweden ausgehend, die Niederlande, Österreich, Großbritannien, Frankreich und Deutschland ergriffen haben, den **EU-Haushalt** bei 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2013 zu fixieren, ist ein wichtiger Beitrag im Entscheidungsprozess der EU. Wir werden spätestens in zwei Jahren für die Zeit von 2007 bis 2013 einen soliden, realistischen und anspruchsvollen Rahmen festlegen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie wohl nicht!)

Genau das hat diese Bundesregierung ja 1999, als sie die Ratspräsidentschaft inne hatte, bewiesen:

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da soll der Haushalt doch schon längst ausgeglichen sein! Kein Versprechen wurde gehalten!)

Diese Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer hat es trotz der schwierigsten Konstellation der europäischen Politik seit Jahrzehnten – Rücktritt der Kommission, kriegerische Auseinandersetzungen und fehlende finanzielle Vorausschau – geschafft, einen soliden Finanzrahmen für die Jahre 2000 bis 2006 im Rahmen der Vorschau zu zimmern.

Meine Damen und Herren, Sie können doch gar nicht abstreiten: Wir haben erst seit dieser Zeit die Situation, dass sich die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der EU mit seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten decken. Bei Ihnen war es doch genau umgekehrt. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Nettzahlung draufgepackt. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema **Wachstum**. Vor genau einem Jahr haben der britische Premierminister Tony Blair, der französische Staatspräsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung einer international wettbewerbsfähigen Industrie vorgeschlagen. Diese wurden vom EU-Gipfel im Frühjahr 2003 bekanntlich alle übernommen. Jetzt haben dieselben Staats- und Regierungschefs wieder eine gemeinsame Position in Bezug auf Innovationen, Beschäftigung und die Modernisierung des europäischen Sozialmodells eingenommen. Auch diesmal ist es gelungen, von unterschiedlichen britischen, französischen und deutschen Positionen ausgehend, zu

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) gemeinsamen Vorschlägen zu kommen, die in allen 25 Mitgliedstaaten zustimmungsfähig sein können. Denn genau das ist die Kunst europäischer Politik: Es kommt darauf an, dass Länder, die sich a priori einig sind, nicht versuchen, sich in Europa durchzusetzen, sondern dass sich EU-Staaten – das ist die Position dieser Bundesregierung –

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Und unser Wachstum sinkt! Trotz dieser europäischen Initiative! Wir schrumpfen!)

mit unterschiedlichen Haltungen auf dem Weg von Kompromissen über bestimmte Vorschläge verständigen, dass sie also ein Stück vorangehen und Impulse für Europa setzen, auf die die große Mehrheit der Länder reagieren kann.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass der **Stabilitäts- und Wachstumspakt** für uns nicht zur Disposition steht. Er ist aber in der öffentlichen Diskussion. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Finanzexperten zitieren, dessen Position ich mir übrigens nicht zu Eigen mache:

Vieles spricht dafür, dass der Versuch sogar kontraproduktiv war, Jahr für Jahr kommagenau Defizitziele zu setzen, die ohnehin nicht erreichbar sind, weil ein Staatshaushalt eben doch keine Playmobil-Landschaft ist und stark von Konjunkturausschlägen, internationalen Schocks oder ungewollten Steuerausfällen beeinflusst wird.

- (B) Dieser Artikel stammt nicht aus dem SPD-Mitgliedermagazin „Vorwärts“, sondern aus der „Financial Times Deutschland“, jener Zeitung, die bekanntlich erfolglos zur Wahl von Edmund Stoiber als Bundeskanzler aufgerufen hat.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So ein blödes Argument!)

Jener Edmund Stoiber hat bekanntlich durch seine dogmatische Formulierung „3,0 ist 3,0 ist 3,0“ das Klima in Deutschland beeinflusst – als ob Stabilität an einer Null-Komma-Stelle hänge und nicht am Vertrauen in die Politik, die gemacht wird.

Weil Sie Hans Eichel erwähnt haben, will ich ein weiteres Zitat wiedergeben; denn der Kollege hat nicht vorgetragen, was Hans Eichel in seiner Rede am 25. Februar gesagt hat:

Allerdings müssen wir darauf achten, dass wir mit einer inflexiblen und engen Auslegung des Paktes nicht ökonomisch verantwortungsvolles Handeln verhindern. Grundsätzlich gilt: Regeln einhalten schafft Vertrauen. Aber Regeln um der Regeln willen einhalten, auch wenn es allen Beteiligten zum Nachteil gereicht, bewirkt das genaue Gegenteil. Letztlich schädigt man so die Regeln selber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an diesem Punkt sind wir bei einer Problematik der CDU/CSU-Position. Mein Vorredner hat darauf hingewiesen, dass Sie nicht nach vorne schauen. Ich verstehe das vollkommen. Das Vertrauen und die Stabilität in Europa hängen entschei-

dend davon ab, ob es uns gelingt, im Rahmen einer **europäischen Verfassung** zu gemeinsamen Grundwerteentscheidungen zu kommen. (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was wollen Sie denn nun tun? Wie wollen Sie denn nun sparen?)

Wir haben in Deutschland die Situation, dass die CDU/CSU in dieser für Stabilität und Wachstum in Europa zentralen Frage nicht in der Lage ist, sich zu positionieren. Sie wissen nicht, ob Sie der Verfassung zustimmen sollen, ob Sie draufsatteln sollen oder das, was Sie selbst im Europäischen Parlament mit ausgehandelt haben, hier weiter vertreten sollen. Sie wissen nicht, ob Sie eine bayerische Lösung à la Grundgesetz wollen, indem Sie erst gegen die europäische Verfassung sind und sie dann doch irgendwie mittragen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Was wollen Sie denn?)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Denn Europa basiert darauf, dass wir gemeinsam vorankommen und niemand blockiert. Wir kommen mit unserer Politik dieser Bundesregierung in Europa gemeinsam voran. Das haben wir seit 1998 gezeigt und das werden wir auch in diesem Jahr mit dem Erfolg der europäischen Verfassung wieder beweisen. Das ist gut für unser Land, gut für Stabilität und Wachstum und gut für die zukünftige europäische Politik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat die Kollegin Patricia Lips von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Patricia Lips (CDU/CSU):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Man ist beim vorliegenden Punkt zunächst versucht – wahrscheinlich Koalition wie Opposition –, Reden der Vergangenheit herauszuholen. Dies ist um so schlimmer, als sich damit zeigt, dass sich an der eigentlichen Dramatik nur wenig geändert hat. Doch es gibt auch hinreichend neue Aspekte. Das Thema ist ein Dauerbrenner und hat aktuell mit der Klage der Kommission einen neuen Höhepunkt erreicht.

Im vergangenen Jahr war davon auszugehen, dass das gesamte Haus – nach einigen öffentlichen Irritationen aus den Reihen der Bundesregierung – übereingekommen war, sich nicht weiter an einer Diskussion zur Aufweichung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu beteiligen.

Kollege Pinkwart hat nur *ein* treffendes Beispiel genannt, nämlich ein Zitat eines Spitzenpolitikers der

Patricia Lips

- (A) Grünen. Dieser macht deutlich, dass die Diskussion um die Aufweichung der Kriterien aber nicht zu Ende ist.

Herr Schäfer, gestatten Sie mir diese Bemerkung. Auch Sie haben mit Ihren Zitaten hervorragende Beispiele dafür geliefert, auf welchem Weg Sie sind und dass Sie eine Legitimation dafür suchen, diesen Prozess weiter verfolgen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Poß, das ist auch eine Antwort darauf, dass Sie uns Scheinheiligkeit in der Debatte vorwerfen. Den Ball spielen wir gerne an Sie zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Ihre monotonen Glaubensbekenntnisse zum Stabilitäts- und Wachstumspakt drohen erneut zu Lippenbekenntnissen zu verkommen. Sie schaden einmal mehr der Glaubwürdigkeit dieses Landes und seiner Vertreter in den europäischen Gremien.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Lassen Sie mich noch Folgendes anführen: Es zeigt sich zudem eine sehr brisante Gesinnung, wenn Regeln nicht mehr in erster Linie zum Einhalten da sind, sondern zum Anpassen an die jeweiligen Gegebenheiten. Dies gilt im Übrigen für alle Lebensbereiche.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: So ist das!)

- (B) Das spiegelt Ihre aktuelle Politik wider, die die Menschen verunsichert und das Misstrauen fördert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Der CDU/CSU werden gerne von Ihrer Seite Vorwürfe im Hinblick auf Stammtischgespräche gemacht, wenn es um Themen wie Zuwanderung oder auch um die aktuelle Diskussion über den Beitritt der Türkei zur EU geht. Sie werfen uns vor, wir würden unnötig Emotionen schüren, während hingegen die Regierungskoalition gerne als Repräsentant einer weltoffenen, toleranten Gesellschaft gesehen werden möchte.

Ich erinnere mich sehr gut an eine Parlamentsdebatte Ende vergangenen Jahres, in der der Finanzminister in – zugegebenermaßen – sehr aufgebrachter Stimmung sinngemäß darauf hinwies, dass die Finanzpolitik allein in Deutschland gemacht werde und nirgendwo anders. Ich erinnere an das Zitat des Kanzlers im Hinblick auf den deutschen Weg. Das sind nur zwei Beispiele, die in dieser Diskussion sehr nachdenklich stimmen.

Der **blaue Brief** an Deutschland – wir erinnern uns – war nach Ansicht des Finanzministers schon damals falsch. Auch die Interpretation der Kommission im Defizitverfahren und die Klage gegen die Entscheidung des Rates waren nach seiner Auffassung falsch. Sehr subtil wird in der Öffentlichkeit immer wieder gestreut, allein die anderen seien die Bösen und wir seien die Guten. Versuchen Sie nicht immer wieder, Ursache und Wirkung zu verwechseln!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Andreas Pinkwart [FDP]) (C)

An dem Defizit in Deutschland ist in Ihren Augen natürlich nicht der Bund, sondern sind die Länder schuld.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das sind immer nur die anderen! – Widerspruch bei der SPD)

Aber das sei nur am Rande bemerkt.

Wir alle machen zurzeit in den Wahlkreisen die Erfahrung, dass es nicht immer einfach ist, im Vorfeld der **Europawahlen** Menschen zu begeistern, am 13. Juni zur Wahl zu gehen. Auf einer Veranstaltung in der vergangenen Woche wurde ich gefragt, weshalb man zur Wahl gehen solle, die seien doch alle untereinander zerstritten und uneins. Ich bat den Fragenden, darüber nachzudenken, seit wann das so ist. Er konnte die Jahre an einer Hand abzählen. Ich bin fest davon überzeugt, dass er zur Wahl gehen wird.

Auf der einen Seite eine multikulturelle Vielfalt zu beschwören und auf der anderen Seite Deutschland wie auch Ihre Politik mit einem subtilen und verdeckten Nationalismus in die Ecke des angeblich unschuldigen Opfers zu drängen, das passt nicht zusammen. Sie zerstören bei den europäischen Partnern Vertrauen in die Zuverlässigkeit und vor allen Dingen auch in die Kraft unseres Landes. Sie riskieren, dass die eigenen Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Vorteile, die Europa diesem Land gebracht hat und noch bringen soll, verlieren. Es bleibt die Frage: Was ist eigentlich Ihre Vision und was sind Ihre mittel- und langfristigen Ziele für ein geeintes Europa? (D)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt. Ende vergangenen Monats äußerte der Bundeskanzler in einem Interview ganz unverhohlen den Wunsch, die **Europäische Zentralbank** – ein zumindest bisher politisch völlig unabhängiges Gremium – möge sich mit dem Thema Zinssenkungen intensivst befassen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Pfui kann man da nur sagen!)

Dies ist ein unerhörter Vorgang,

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unglaubliche Kompetenzanmaßung ist das!)

jedoch, soweit ich weiß, nicht neu in den Reihen der Sozialdemokratie. Es wäre ideologisch ja auch zu schön, wenn man alles kontrollieren und auf alles Einfluss nehmen könnte.

Die bisher vorgesehene Stellung der EZB im europäischen Verfassungsentwurf als irgendein weiterer Bestandteil der politischen Organe der EU bereitet in weiten Teilen – nicht nur in der CDU/CSU – Kopfzerbrechen. Der Nebensatz, dass ihre Unabhängigkeit dennoch gewährleistet werden soll, tröstet wenig. Den besten Beweis für Zweifel haben Sie mit diesem Interview geliefert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Patricia Lips

- (A) Es drängt sich der Eindruck auf: Am Anfang stehen Schulden. Es folgt eine Diskussion über die Regeln und Sinnhaftigkeit des Stabilitätspaktes und am Ende steht die Aufforderung an den Währungshüter, die Zinsen zu senken, was bei allem Verständnis für den Außenhandel vor allem mit einer niedrigeren Schuldenlast für den eigenen Haushalt einhergeht.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der Schlusspunkt heißt Inflation!)

Nur wird das nicht so laut gesagt. Ich will dabei gar nicht unterstellen, dass dieser Ablauf so geplant war.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Doch, doch!)

Das setzt ja Intelligenz voraus. Aber in der Abfolge ergibt sich durchaus eine innere Konsequenz.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Ich komme zum Schluss.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich angesichts Ihrer Politik, so wie sie sich für dieses Jahr abzeichnet, quasi symbolhaft zwei Dinge nennen, die den Stabilitätspakt einmal mehr einem Risiko aussetzen. Sie können schon heute für den Fall, dass die Diskussion um die Erbschaft- und Vermögensteuer in Ihren Reihen erst richtig an Fahrt gewinnt, die Einnahmen aus der Rückführung von Fluchtkapital aus dem Ausland aus dem Haushalt streichen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Stimmt! Das wird der Poß nie begreifen! Sagen Sie es ihm ruhig noch einmal!)

Sie können in Ihre bisherigen zumeist sehr teuren und zumeist eher wirkungslosen Arbeitsmarktprogramme, die viele tolle Namen haben, das Kapitel Ausbildungsplatzabgabe schon heute einbinden. Sie sind auf dem besten Weg, durchaus sinnvolle Maßnahmen des vergangenen Jahres rein ideologisch begründet völlig zu konterkarieren.

Letzter Satz.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin, Sie sind am Ende Ihrer Redezeit.

Patricia Lips (CDU/CSU):

Die „FAZ“ titelte am 17. Februar dieses Jahres: „Sechs europäische Staaten mahnen Vertragstreue an/ Deutschland wird geprüft“. Das ist die beschämende Politik, die Sie in diesem Land machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gute Rede! – Joachim Poß [SPD]: Die CDU/CSU wird geprüft!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 15/1682 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel

„Strikte Einhaltung des geltenden europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/541 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – (C)

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Unglaublich!
Alles Währungsweichmacher!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion angenommen.